



reicht wurde. Die Konferenz beschäftigte sich sodann mit dem Entwurf einer neuen Note, die an die Regierung der Niederlande in Betreff der Auslieferung Antier Wilhelmis geschickt werden soll. Es besteht vorerst nicht die Absicht, Zwangsmaßnahmen, die bis zum Abschluss der diplomatischen Beziehungen mit Holland oder bis zur Beendigung gehen, anzuwenden. Trotzdem konnte die Vorkonferenz sich über den Text der Note nicht einigen, da die Vorkonferenz den Wunsch geäußert haben, mit ihren Regierungen darüber in Verhandlungen einzutreten.

**Nur informativ**  
(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 4. Februar. Von gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Auslieferungsgeschäfte bereits in den Händen der Regierung ist, und zwar trägt sie nur informativ Charakter. Das öffentliche Auslieferungsgeschäft ist noch nicht in Berlin eingetroffen, doch wird es schließlich erwartet, obwohl bisher mit der Möglichkeit gerechnet wurde, daß es vor dem 4. Februar nicht übergeben werden wird. Da der Hauptkriegsplan keine Rücksicht auf die Auslieferungsgeschäfte genommen hat, wie er der Regierung mitteilt, können wir nicht in Deutschland zu rechnen und das Zuleistungsgebiet bei Berlin zu begrenzen.

**Die dritte Auslieferungsnote**  
(Eigene Drahtmeldung)

Auf der Vorkonferenz in Paris hat der italienische Vorkonferenz erklärt, er habe die Antwort der holländischen Regierung geprüft und es sei ihm nicht möglich, irgend welche juristische Einwände gegen die holländischen Ausführungen anzubringen. Der japanische Vorkonferenz teilte sich diesen Ausführungen mit der Erklärung an, die erste Note an Holland sei ohne sein Wissen erfolgt und er verzichte auf eine Mitwirkung bei der dritten Note.

**Tarifabschluss im Ruhrrevier**

In der Nacht von Montag zu Dienstag wurden, wie Wolffs Bureau aus Essen meldet, die Tarifverhandlungen im rheinisch-westfälischen Bergbau unter Mitwirkung des Sonderkommissars der Reichsregierung, Leeresenator Dr. Hebenstein aus Berlin, und des Reichs-Kommissars Dr. Eberhard aus Münster zum glücklichen Abschluss gebracht.

Die Abschlüsse der Verhandlungen hat sich der Vorkonferenz bereit erklärt, innerhalb einer Summe von rund 12 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, die nach näherer Vereinbarung mit den Gewerkschaften besondere Verwendung zur Erhöhung der Löhne für einen bestimmten Zeitraum finden sollen.

Allen über 20 Jahre alten, über und unter Tage beschäftigten Arbeitern wird vom 1. Februar an durchschnittlich eine Lohnerhöhung von 8 M., den jüngeren Arbeitern eine entsprechend geringere gewährt. Das Kindergeld, das bisher 0,20 M. je Kind und Kind betrug, ist auf 1 M. erhöht. Darin eingeschlossen ist der Betrag für die Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise. Außerdem wird ohne Rücksicht auf das Alter den unter Tage beschäftigten eine feste Schichtzulage von 3 M. gegeben. Ferner wurde die Höchstzahl der Urlaubstage von 6 auf 9 erhöht mit der Maßgabe, daß auf die über 6 Tage hinausgehenden Urlaubstage für das Urlaubsjahr 1920/21 berechnet wird, dafür jedoch eine Urlaubsgeldzulage gezahlt wird.

**Der Schifferstreik in Hamburg**

Obwohl die Fischdampferbesatzungen erklärt haben, sich an dem Streik der Robbiers und Steuerleute nicht beteiligen zu wollen, liegt im Hamburg-Moaner Ostengebiet die gesamte Dampfschifferei still, da die Organisation der Robbiers und Steuerleute auch weiterhin im Streik verharrt.

Der kommunistische Seemannsbund, der schon den bekannten Seemannsstreik Ende des vergangenen Jahres angezettelt hatte, der dann zusammenbrach, greift auch diese Gelegenheit sofort an, um eine vermehrte Agitation zu betreiben. Vom Transportarbeiterverband, Abteilung Seefleute, wird erklärt, daß er dem Streik fernbleibe. Von Verhandlungen ist noch nichts bekannt, die Zufuhren fließen vollständig.

**Erfolgreiche Verhandlungen im Versicherungsgewerbe**

Berlin, 4. Februar. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und den Angestelltenorganisationen im Versicherungsgewerbe wurden gestern nachmittags beendet. Der Reichsarbeiter hat mit Rücksicht auf die Kraft vom 1. Oktober 1919 an zu gelten. Beschlüsse der Verhandlungen wurde eine Vereinbarung über garantierte Mindestlöhne getroffen.

**Verhobener Metzgerstreik**

Wien, 3. Februar. Die klinischen Affizierten und Pflegerinnen in einer gestern abgehaltenen Versammlung den Beschluß, im Verhinderung der weitgehenden Folgen eines Metzgerstreiks den Kampf bis zum 1. März zu vertagen, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, die den Vertretern der klinischen Affizierten und Pflegerinnen mündlich gemachten Versprechungen zu erweitern und einzufügen.

**Ausperrung in Schweden**

Die allgemeine Ausperrung in allen Maschinenfabriken und Eisenwerken in Schweden ist am Montag erfolgt. Es wird erwartet, daß die Arbeiterverbände mit dem Generalstreik antworten.

**Eisenbahnstreik in Kasan**

Sankt Petersburg, 3. Februar. Am Montag traten die Eisenbahner Kasans in den Streik. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf 3500. Der Verkehr ist teilweise eingestellt. Die Militärbehörden rufen einen besonderen Zugverkehr ein. Die Ausführenden verlangen eine materielle Befreiung.

**Heimkehr**

Wien, 3. Februar. Die Reichsgrenzstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß bis zum 31. Januar 1920 rund 65000 Mann, darunter über 1000 Offiziere, aus französischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt sind.

Wien, 3. Februar. Der Dampfer Rhein, der von Sankt Petersburg am 10. Januar mit 1007 Heimkehrern aus Ostindien verließ, ist am 4. Februar abends oder am 5. Februar früh in Rotterdam zu erwarten.

Berlin, 4. Februar. Nachts um 10.15 Uhr kamen aus Wilhelmshaven kommend, 108 Scapa-Flow-Gesellen auf dem Schiffsboot nach Berlin ein. Unter ihnen befinden sich 70 Berliner. Die übrigen, größtenteils Schweden, haben heute ihre Weiterreise in die Heimat fort. Die Seelen wurden auf dem Bahnhof begrüßt.

Wien, 3. Februar. Der Kriegsminister erklärt an, daß nunmehr alle deutschen Kriegsgefangenen den englischen Boden verlassen haben.

**Brennende Fragen**

Die neue internationalisierte Konferenz, die am 10. Februar in London zusammentritt, wird sich vor allem mit der russischen Angelegenheit, der Rumelienfrage und den Friedensbedingungen der Türkei beschäftigen.

Die holländische Regierung lobt die neutralen Staaten für den 15. Februar nach dem Haag zu einer Konferenz über die Frage des im Vorkonferenzstatut vorgesehenen internationalen Gerichtshofes ein.

**Erhöhung der Mietpreise in Frankreich**

Paris, 4. Februar. In Frankreich tritt eine merkliche Erhöhung der Miet- und Mietpreise ein. In Italien eine solche der Tabakpreise ein. In Frankreich wird jetzt die Wiedereinführung der Prohibitoren geplant.

**Warschau und Moskau**

Nachdem Estland und Lettland den Frieden mit Räterussland abgeschlossen haben, drücken die polnischen Angehörigen gegen Moskau Unruhe aus. Die militärischen Vorbereitungen sind nach bolschewistischen Nachrichten bereits eingestellt. Dazu kommt, daß zwar Frankreich Polen Unterstützung durch Instrukturen, im Notfall selbst durch Truppen zugesagt hat, Poland George aber mitteilen ließ, England könne der polnischen Armee gegen zusätzliche Angriffe durch die Bolschewisten keine militärische Hilfe gewähren. Der englische Ministerpräsident hat klar zu verstehen gegeben, daß er sich keineswegs einem Friedensschlusse zwischen Polen und Sowjetrussland widersetzen werde.

Eine Mitteilung machte einen tiefen Eindruck in Warschau, wo die bürgerlichen Kreise einen heftigen Protest gegen den englischen Vorkonferenzführer führen. Trotzdem dürfte es dem englischen Entwurfe bald gelingen, Polen zur Einstellung der Feindseligkeiten gegen die Russen zu bewegen.

**Trotsky am japanischen Meer**

Die Times, die wenig Neigung besitzen dürften, die Erfolge der Roten zu vergrößern, melden aus Chardin, daß die Bolschewisten das 20 Meilen von Wladivostok entfernte Ooanjo und den Ost Ritschajai erobert haben.

**Die maßregelnden Agrarier**

Der Erlaß Roskes zum Schutze der Landarbeiter gegen das maßregelnde Großagariertum in Pommern hat, wie dem Vorkonferenz aus den Reihen der organisierten Landarbeiter geschrieben wird, die agrarischen Schrammocher auf den Plan gerufen. Sie tun so, als sei von ihrer Seite gar nichts geschehen, als handle es sich bei ihren Entlassungen nur um die normalen Kündigungen. Nun finden die Kündigungen in der Landwirtschaft aber in der Regel zum Herbst statt, weil dies der beste Umzugstermin ist. Kein geringerer, als der Direktor des Pommerschen Landbundes, Herr v. Demitz, hat in diesen Tagen an maßgebender Stelle ausgeplaudert, daß allen in Pommern 7000 Landarbeiterfamilien gekündigt seien. Wenn die Feststellungen des Deutschen Landarbeiterverbandes diese unerbörte Zahl noch nicht ergeben, so liegt das daran, daß ein Teil der Arbeitgeber sich sträubt, die Maßnahme auszuführen. Immerhin wurden auf einer Landarbeiterkonferenz in Stettin, die am 28. Januar 1920 stattfand, über 3000 Kündigungen festgestellt, überall in erster Linie Vertrauensleute und Vorläufer des Landarbeiterverbandes.

Die konservativen Blätter behaupteten unglücklich, daß die Entlassungen auf Beschäftigungsmangel infolge Fehlens des künstlichen Düngers zurückzuführen seien. Jetzt aber gibt — bezeichnendes Zugeständnis — eine Zeitschrift des Pommerschen Landbundes in der Deutschen Tageszeitung offen zu, daß von den Kündigungen hauptsächlich die Arbeiter betroffen wurden, die sich durch „deberliches Treiben“ bemerkbar gemacht hätten.

Wer wird die Maßregelung offen zugestanden? Natürlich ist jeder in den Augen der Agrarier ein „Beber“, der für die Interessen seiner Kollegen eintritt. Die wirklichen Beber ihnen gar nicht unwillkommen sind, das zeigt ein Ausspruch, den Dr. Wolgramm, ein Führer des Pommerschen Landbundes im Kreise Greiffenberg in Pommern, getan hat. Dieser Herr hat offen ausgegeben, daß ihm ein offener Aufruhr unter den Landarbeitern sehr erwünscht sein würde. Das ist das wahre Gesicht der Spartakisten von rechts!

Die Tatsache, daß den gekündigten Arbeitern Reverse zur Unterschrift vorgelegt werden, wonach sie aus dem Landarbeiterverband ausscheiden und in die gelbe Gewerkschaft des Landbundes eintreten müssen, schlägt alle Lügen der Agrarier nieder, daß hier keine Maßregelung vorliegt.

Unter diesen Umständen kann der Regierung nicht dringend genug zugerufen werden, daß sie hart bleibe. Wollen die pommerschen Junker die deutsche Volkswirtschaft mit Gewalt sabotieren, dann sind noch härtere Maßnahmen notwendig. Es gibt Gutsherrn, die die Bewirtschaftung der Güter übernehmen können. Die arbeitswilligen Landarbeiter sollen und müssen vor der Hungerkatastrophe geschützt werden. Deshalb ist der Roske-Erlaß zum Schutze der Landarbeiter nur zu begrüßen, denn die früheren Bestimmungen, wie die vom 8. September 1919, mochten gut gemeint sein, aber sie reichten nicht aus.

**Die Lage der sächsischen Landarbeiter**

Zur Wohnbewegung der Landarbeiter in Sachsen und von der sächsischen Einseitigkeit des Deutschen Landarbeiterverbandes geschrieben: Bereits Anfang Oktober wandten wir uns an die Arbeit-

geber mit dem Ersuchen, zum Abschluß neuer Tarifverträge auf größerer Grundlage in Verhandlungen einzutreten. Im November wurde das Ersuchen wiederholt und im Anschluß hieran auf Drängen der Landarbeiter die Forderung um Gewährung einer Feuerungszulage erhoben. Beim Abschluß der Tarifverträge vor der Ernte war es nicht möglich gewesen, Löhne zu erreichen, die nur annähernd den Verhältnissen Rechnung trugen. Durch die fortgesetzte Geldentwertung ist die Lage der Landarbeiter im Verhältnis zu der der übrigen Gesellschaftsschichten immer ungünstiger geworden. Trotzdem wurde die Gewährung einer Feuerungszulage strikte abgelehnt.

Die Forderungen der Landarbeiter zum neuen Tarif lauteten auf einen Stundenlohn für männliche Arbeitsträger von 1 M. bis 2 M., dazu freie Wohnung, die zulässige Menge Kartoffeln, Getreide als Selbstverleger und Milch in den gesetzlich zulässigen Mengen; für weibliche Arbeitsträger 75 Pf. bis 1,35 M. Stundenlohn; Arbeiter bei freier Station entsprechend weniger. Wie hoch die Löhne jetzt sind, kann sich jeder selbst ausrechnen, wenn mitgeteilt wird, daß diese Forderung eine Erhöhung von 400 bis 500 Prozent beträgt. Die Arbeitgeber haben bei den bisher geführten Verhandlungen die Forderungen der Arbeiter im allgemeinen als vollberechtigt anerkannt. Bei den der Landwirtschaft zugebilligten Preisen seien sie aber außerstande, die Löhne zahlen zu können. Mit der Versicherung, daß man die Forderungen als berechtigt anerkennt, ist aber der Arbeiterschaft materiell nicht gedient. Der Vorlohn eines verheirateten Arbeiters betrug bisher 23 bis 40 M. Bei dieser Bezahlung war kaum das nackte Leben zu fristen. Es ist nicht möglich gewesen, die Landarbeiter mit Kleidung in der Weise zu versorgen, daß sie in nächster Zeit in der Lage sind, bei ungünstiger Witterung die Frühjahrsgewinnbestellung auszuführen.

Nicht Streiks sind es, die die Frühjahrsgewinnbestellung und damit die Ernte auf das kommende Jahr aufs ernsteste gefährden, sondern vielmehr das dauernde Abwandern eines Teiles der Arbeiter wegen ungenügender Bezahlung und Ernährung und der Umstand, daß die älteren Leute gekündigt bekommen, weil die Landwirte angeblich solche teureren Lohnempfänger bei den Produktionspreisen weiter beschäftigen können.

Trotz dieser Schwierigkeiten sind die Verhandlungen nicht abgebrochen, sondern sie werden weitergeführt. Von den Arbeitgebern wurden ungefähr 50 Proz. Erhöhung auf die jetzigen Löhne geboten. Diese Erhöhung wird zunächst vom 1. Februar an zur Anrechnung kommen. Im Bereiche des Vogtlandes, Anhalt-Hauptmannschaften Querbach, Plauen und Oelsnitz, sind 70 Proz. bewilligt worden und dieser Betrag wird vom 1. Januar an nachgezahlt. Im Gebiet Weiden ist es zum Streik gekommen, weil für diesen Bezirk Abmachungen oder Auflagen bisher nicht gemacht worden sind. Sollen diese Abmachungen auch in diesem Bezirk, zunächst eine Verständigung herbeiführen.

Nach Aufzeichnungen der Regierungsstellen sollen bis zum 15. Februar Lohnverhörungen ausgearbeitet werden, wie diese bereits seit Monaten in anderen Staaten und Provinzen begahrt werden. Bis Ende Februar sollen die Preise für die Hauptprodukte der neuen Ernte bekanntgegeben werden. Die Landarbeiter erwarten nun mit aller Bestimmtheit eine Lohnfestsetzung, die ihnen wenigstens einigermaßen eine Existenzmöglichkeit gewährt.

Die sächsische Volkstammer

88. Sitzung.  
Dienstag, 3. Februar 1920.  
Vizepräsident Dr. Hoffmann eröffnet die Sitzung 14 Uhr und begrüßt den in Vertretung neu eingetretenen Abg. Carl Heilmann (L. S.). Zur Verhandlung kommt der Antrag Reinhold auf Aufhebung der sächsischen Sonderfeierzeit (mit Ausnahme des Reformationsfestes).  
Abg. Heilmann (L. S.) beantragt den Antrag mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse (Einführung des Achtstundentages) und die Erhaltung von Ferien auch an die Arbeiter. Daraus läßt sich im Vorjahre zwei neue Feiertage (1. Mai und 8. November) gestalten lassen.  
Abg. Dr. Heilmann (D. Sp.) ist mit dem Antrage Reinhold einverstanden, erklärt aber, daß seine Freunde für die Aufhebung des Reformationsfestes sind, damit sie zum Ausdruck bringen wollen, daß sie an den Grundsätzen der Revolution festhalten. (Stimmen. Darauf, worauf der Redner sich schnell verbessert und Reformationsfest sagt.)  
Abg. Dr. Heilmann (D. Sp.) bekämpft aus kirchlichen Gründen den Antrag, bezweifelt die Notwendigkeit der Volkstammer in dieser Frage, da nach der Reichsreformierung die Sonderfeierzeit beibehalten sein, und erklärt schließlich, daß er gegen ein Gesetz im Sinne des Antrages Reinhold stimmen werde.  
Abg. Jäger (S. P.) Der grundsätzliche Standpunkt meiner Partei ist schon bei den Beratungen im Dezember dargelegt worden. Wir werden in Konjunktur unter früheren Verhältnissen die Aufhebung der sächsischen Sonderfeierzeit einbringen. Wenn wir vor dem Reichstag zu reden waren, so gab es aus den bekannten Gründen, daß dem Reichstag bei der langen und intensiven Arbeit nicht zugewandt werden konnte, auf einige Ruhepause zu verzichten. Da nun die Lage sich geändert hat, die wir damals geäußert haben, erfüllt sind, so liegt auch kein Grund mehr vor, gegen die Aufhebung der Sonderfeierzeit zu stimmen. Trotzdem sind wir die Aufhebung der Sonderfeierzeit, ab nicht noch außerhalb der Ferien für den Wegfall der Feiertage andere Kompensationen geschaffen werden können. Redner bekämpft die Rechtsauffassung des deutschnationalen Redners.  
Vizepräsident Dr. Hoffmann (L. S.): Seine Freunde würden dem Antrage nur zustimmen, wenn auf der anderen Seite den Arbeitern eine gleichzeitige Jahres- und Monatsruhe gewährt würde.  
Der Antrag wird darauf dem Belegungsamt zur Weiterberatung überwiesen.  
Nächste Sitzung: Mittwoch, 1 Uhr: Feuerungszulagen.

**Die maßregelnden Agrarier**

Der Erlaß Roskes zum Schutze der Landarbeiter gegen das maßregelnde Großagariertum in Pommern hat, wie dem Vorkonferenz aus den Reihen der organisierten Landarbeiter geschrieben wird, die agrarischen Schrammocher auf den Plan gerufen. Sie tun so, als sei von ihrer Seite gar nichts geschehen, als handle es sich bei ihren Entlassungen nur um die normalen Kündigungen. Nun finden die Kündigungen in der Landwirtschaft aber in der Regel zum Herbst statt, weil dies der beste Umzugstermin ist. Kein geringerer, als der Direktor des Pommerschen Landbundes, Herr v. Demitz, hat in diesen Tagen an maßgebender Stelle ausgeplaudert, daß allen in Pommern 7000 Landarbeiterfamilien gekündigt seien. Wenn die Feststellungen des Deutschen Landarbeiterverbandes diese unerbörte Zahl noch nicht ergeben, so liegt das daran, daß ein Teil der Arbeitgeber sich sträubt, die Maßnahme auszuführen. Immerhin wurden auf einer Landarbeiterkonferenz in Stettin, die am 28. Januar 1920 stattfand, über 3000 Kündigungen festgestellt, überall in erster Linie Vertrauensleute und Vorläufer des Landarbeiterverbandes.

Die konservativen Blätter behaupteten unglücklich, daß die Entlassungen auf Beschäftigungsmangel infolge Fehlens des künstlichen Düngers zurückzuführen seien. Jetzt aber gibt — bezeichnendes Zugeständnis — eine Zeitschrift des Pommerschen Landbundes in der Deutschen Tageszeitung offen zu, daß von den Kündigungen hauptsächlich die Arbeiter betroffen wurden, die sich durch „deberliches Treiben“ bemerkbar gemacht hätten.

Wer wird die Maßregelung offen zugestanden? Natürlich ist jeder in den Augen der Agrarier ein „Beber“, der für die Interessen seiner Kollegen eintritt. Die wirklichen Beber ihnen gar nicht unwillkommen sind, das zeigt ein Ausspruch, den Dr. Wolgramm, ein Führer des Pommerschen Landbundes im Kreise Greiffenberg in Pommern, getan hat. Dieser Herr hat offen ausgegeben, daß ihm ein offener Aufruhr unter den Landarbeitern sehr erwünscht sein würde. Das ist das wahre Gesicht der Spartakisten von rechts!

Die Tatsache, daß den gekündigten Arbeitern Reverse zur Unterschrift vorgelegt werden, wonach sie aus dem Landarbeiterverband ausscheiden und in die gelbe Gewerkschaft des Landbundes eintreten müssen, schlägt alle Lügen der Agrarier nieder, daß hier keine Maßregelung vorliegt.

Unter diesen Umständen kann der Regierung nicht dringend genug zugerufen werden, daß sie hart bleibe. Wollen die pommerschen Junker die deutsche Volkswirtschaft mit Gewalt sabotieren, dann sind noch härtere Maßnahmen notwendig. Es gibt Gutsherrn, die die Bewirtschaftung der Güter übernehmen können. Die arbeitswilligen Landarbeiter sollen und müssen vor der Hungerkatastrophe geschützt werden. Deshalb ist der Roske-Erlaß zum Schutze der Landarbeiter nur zu begrüßen, denn die früheren Bestimmungen, wie die vom 8. September 1919, mochten gut gemeint sein, aber sie reichten nicht aus.

**Die Lage der sächsischen Landarbeiter**

Zur Wohnbewegung der Landarbeiter in Sachsen und von der sächsischen Einseitigkeit des Deutschen Landarbeiterverbandes geschrieben: Bereits Anfang Oktober wandten wir uns an die Arbeit-











Wohlverteilung.

Für den Bedarf der Antebauernschaft Dresden-Stadt wird folgendes bestimmt:
1. Auf Weizen 15 der nur für den antebauernschaftlichen Bedarf...

Nährmittelverteilung.

1. Von den für die Antebauernschaft Dresden-Stadt auf die Zeit vom 18. Januar 1920 bis 14. Februar 1920 ausgegebenen Nährmittelarten werden:
Wohlfühl B der Nährmittelfarte A mit 20 Gramm...

Nährmittelverteilung.

1. Von den für die Antebauernschaft Dresden-Neustadt einzuführenden Nährmittelarten auf die Zeit vom 18. Januar bis 14. Februar 1920 werden befolgt:
Wohlfühl B der selben Sorte A mit 1/4 Pfund...

Wohlverteilung.

Für den Bedarf der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt:
1. Auf Weizen 17 der selben Einfuhrart für ausländisches Mehl...

Pirna. Am 3. Februar 1920 auf zwei Februar-Abstände der...

Verkehr mit Kohle im Februar 1920.

Kritik 28 der Bekanntmachung des Reichskohlenamtes vom 30. März 1919 über die Verteilung der Kohlenarten.
1. Befreiung der Kohlenarten.
2. Die nach unbedingtem September- und Oktober-Abstände...

Stiefelfversorgung in der Stadt Dresden

1. Von den für die Reichshilfskarte Heide - A - ...
2. Die Stiefelfversorgung wird durch die Reichshilfskarte...

Umarbeitungen Sommer-Hüten nach neuesten Modellen werden angefertigt...

Gerat Herren- u. Damenstoffe reine Wolle, richtige Scherjeher nur Hand gewirkt...

Die Neustädter Uhrmacher u. Goldschmiede zahlen sich die höchsten Tagespreise für Gold u. Silber...

Sie laufen mehrere Jahre auf einem Paar Schuhsohlen, wenn Sie meine genial erdachte nützliche Schuhsohle Conferator benutzen...

Achtung! Für altes Silber, Gold u. Platin zahlen die höchsten Tagespreise Neustädter Uhrmacher u. Goldschmiede...

Achtung! Achtung! Nur heute und morgen von 9 bis 6 Uhr Kein Zahn unter 10.50 Mark Platin, 165 Mark das Gramm...

Gebisse Zähne, Platin fault zu allerhöchstem Preise pro Zahn bis 85 Mark Platin, pro Gramm 168 Mark...

Zähne, ganze Gebisse, Brennstifte, Platin usw. zahle höchste Preise Hotel Imperial...

Kein Zahn 12 Mark unter - nur wenn echt. Platin, Gramm 170 Mark Brennstifte 75-150 Mark...

Bevor Sie alte Zähne Gebisse, Platinriegel Brennstifte, Platinabfälle in jeder Form verkaufen...

Bekanntmachung. Kaufe alte Brennstifte von Goldbrandmalerei...

Alte Gebisse faule einzelne, auch verbrochene Zähne, Brennstifte, Tiegel...

Altes Zinn, Kupfer, Messing, Quecksilber Zinnblech, Kupfer, Messing, große, auch kleinste Pasten...

Gutfchein für die Leiter der Dresdner Volkszeitung an den Verlags-Mitgliedern der Natur...

Fahrrad-Schlauch 2. Mühlstr., Herrmann & Danneberg...

Wichtige Mitteilung für die Leser unserer Zeitung!

Die Leser dieser Zeitung in Dresden u. nächster Umgegend gegen Einleitung des obenstehenden...